



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 15.11.2007.

Bei Anerkennung der Tagesordnung beantragten SPD und BÜ 90, den Tagesordnungspunkt der nichtöffentlichen Sitzung „Vergabeverfahren Kö-Bogen“ öffentlich zu behandeln, da nach der Beschlussvorlage lediglich ein Zeitplan beschlossen wird. Der Antrag wurde von CDU und FDP abgelehnt, die erklärten, dass sie im nichtöffentlichen Teil beantragen werden, den Tagesordnungspunkt „Kö-Bogen“ abzusetzen, da noch Beratungsbedarf besteht.

Ein Antrag der linken Liste, den Tagesordnungspunkt „Bürgerbegehren Golzheimer Friedhof“ vorzuziehen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

■ Aktuelle Anfragen

Eine aktuelle **Anfrage der linken Liste** beschäftigte sich mit dem **Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten** bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften. Die Verwaltung erläuterte, dass bei der Rheinbahn ein Sicherheitsdienst tätig war, der für die Beschäftigung von Arbeitslosen zur Erhöhung der Sicherheit auf Bahnsteigen im Nahverkehr einen Landeszuschuss erhalten hat, der eine Doppelförderung durch die Bundesagentur für Arbeit ausschließt. Bei der Stadt wurden in 2007 bisher rd. 3,4 Mio Euro (hauptsächlich in den Kulturinstituten), bei den städtischen Töchtern rd. 9 Mio Euro für private Sicherheitsdienste ausgegeben.

Eine weitere **Anfrage der linken Liste** beschäftigte sich mit dem verhängten **Baustopp für das Mövenpick-Hotel** an der Insel/Freiligrathstraße. Die Verwaltung führte aus, dass nach rechtlicher Prüfung eines Gerichtsbeschlusses am 12.11. eine Ordnungsverfügung zum Baustopp erging. Mit Ausnahme von Sicherungsarbeiten (Bauzaun, Absturzsicherungen, Entfernen beweglicher Teile) wurden die Arbeiten am 13.11. eingestellt, dies wird regelmäßig kontrolliert.

■ Anfragen

Aufgrund einer **Anfrage der FDP** zur Richtlinie des Europäischen Parlaments zur Erhöhung der **Gefahrenabwehr in Häfen** erläuterte die Verwaltung, dass der Landtag die Umsetzung der Richtlinie beschlossen hat, eine Veröffentlichung aber noch aussteht. Das Hafensicherheitsgesetz beinhaltet eine Risikobewertung und die Festlegung von Hafengrenzen. Zugangs- und Zufahrtskontrollen werden erforderlich. Welche Konsequenzen dies für die Zugänglichkeit des Hafensbereiches hat, ist noch nicht absehbar. Allerdings sieht die Verwaltung keine Einschränkung für die Ausweisung von Baugebieten. Hafensicherheitsbehörde für NRW wird die Bezirksregierung Düsseldorf.

Aufgrund einer **Anfrage der linken Liste zum Bürokratieabbaugesetz NRW** (Abschaffung von Widersprüchen) erläuterte die Verwaltung, dass in 2006 gegen rund 17.000 Bescheide Widersprüche erfolgten, bei denen es zu rd. 400 Klageverfahren kam. Bescheidempfänger werden auf die neue Rechtslage hingewiesen. Die Verwaltung wird offenkundig unrichtige Bescheide ändern.

Eine Anfrage der **linken Liste** befasste sich mit dem Bau der **CO-Pipeline**. Die Verwaltung führte aus, dass für die Bauaufsicht aufgrund der Rohrfernleitungsverordnung die Bezirksregierung zuständig ist. Lediglich für drei Bauwasserhaltungen in Angermund war das Umweltamt zuständig. Dabei wurde festgestellt, dass zwei Wasserhaltungen ohne Aufbereitungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Bevor ein Entscheid über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über die Rohrleitungsanlagen Dormagen-Krefeld-Uerdingen vorliegt, gibt es keine rechtlich begründeten Möglichkeiten, einen Baustopp erfolgreich zu erzwingen. Der Oberbürgermeister teilte mit, dass die Bezirksregierung beschlossen hat, dem Antrag der Bayer AG auf vorläufige Besitzeinweisung der betroffenen städtischen Grundstücke stattzugeben.

Die **SPD** fragte nach den **Konsequenzen der Rechtsprechung zum Verkauf städtischer Grundstücke**, nachdem durch einen Dringlichkeitsbeschluss, den der Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzende der FDP zum Verkauf des Grundstücks Fischerstraße an die Victoria gefasst hatten, ein Bürgerbegehren, dessen Zulässigkeit im Verwaltungsgerichtsverfahren noch nicht geklärt ist, unterlaufen wurde. Die Verwaltung führte aus, dass die Bebauung Kö-Bogen und die damit verbundenen verkehrlichen Maßnahmen in engem Zusammenhang mit der Wehrhahnlinie stehen. Im Hinblick auf den Baubeginn der Wehrhahnlinie in 2007 im Bereich Graf-Adolf-Platz und die Baumaßnahmen im Bereich von Tuchtinsel und Shadowstraße in 2010 ergibt sich für den Spätsommer 2008 eine endgültige Festlegung des Bauvorhabens Kö-Bogen. Sobald der Rat die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens festgestellt hat, darf eine dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen werden (Sperrwirkung des Bürgerbegehrens nach der neuen Gemeindeordnung). Die Verwaltung sagte zu, dass dem Rat die Entscheidung zur Vergabe des Grundstücks Jan-Wellem-Platz vorgelegt wird.

■ **Anträge der Fraktionen**

Einstimmig beauftragte der Rat auf **Antrag der SPD** die Verwaltung, Anfang 2008 Vorschläge für kommunal verantwortete oder unterstützte **Public Viewings und Fan-Treffs während der EURO 2008** vorzulegen. Auf Anregung der FDP wurde der Auftrag auf die Frauen WM 2011 ausgedehnt. Die Finanzierung sollte weitestgehend über Sponsoren erfolgen.

Einstimmig beauftragte der Rat auf **Antrag von CDU/FDP** die Verwaltung zu prüfen, in wie weit ein neuer Standort für das Hermann-Harry-Schmitz Weiterbildungskolleg (**Abendrealschule**) gefunden wird. Hierbei soll das Gebäude Franklinstraße 41-43 einbezogen werden.

In einem **Antrag der SPD** ging es um die **Eindeutigkeit von Beschlussvorlagen**. Einstimmig wurde beschlossen, dass die Eckpunkte eines neuen Verfahrens, das sich ggf. aus gesetzlichen Änderungen oder Notwendigkeiten ergibt, zwischen Rat und seinen Gremien und der Verwaltung abzustimmen sind, bevor Einzelfallentscheidungen getroffen werden können. Der zweite Teil des Antrages wurde (gegen linke Liste und Lemmer) in eine Kommission verwiesen. In den nächsten Tagen verabreden die Fraktionsspitzen ein Verfahren, um auf Basis der Empfehlungen des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes zum Projektmanagement bei Bauprojekten künftige Verfahren, Ausschussstrukturen und Wertgrenzen zu erarbeiten. Die SPD regt an, alle Beschlussdarstellungen so abzufassen, dass Kosten, Zweckbindungen und Verpflichtungen Bestandteile der Beschlussdarstellung sind.

Bei Enthaltung von BÜ 90 beauftragte der Rat gegen 1 SPD-Stimme auf **Antrag von CDU/FDP** die Verwaltung, gemeinsam mit der Rheinbahn die Möglichkeiten und die Kosten der **Begrünung von weiteren Gleisbereichen** von Straßenbahn- und

Stadtbahnstrecken zu prüfen. Ein Änderungsantrag von BÜ 90, erschütterungsarmen Gleisunterbau und die Belange der Rettungsdienste zu berücksichtigen wurde von CDU, FDP und 1 SPD-Stimme abgelehnt.

■ **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat stellte einstimmig überplanmäßige Haushaltsmittel für **Hilfen zur Erziehung** in Höhe von 5,3 Mio Euro zur Verfügung. Der Kostenanstieg resultiert aus höheren Entgelten für die stationären Unterbringungen und aufgrund zunehmender Fälle von Kindesvernachlässigung, Missbrauch und Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Durch ein Präventionsprogramm „Zukunft für Kinder in Düsseldorf“ wird versucht in Kooperation auch mit Kinderärzten, Hebammen und Kliniken rechtzeitig Beratung und Unterstützung durch den Bezirkssozialdienst zu vermitteln.

Der Rat stellte gegen linke Liste den **Jahresabschluss 2006 des Stadtentwässerungsbetriebes** fest und beschloss, den Jahresgewinn in Höhe von rd. 2,6 Mio Euro den Rücklagen (2,1 Mio Euro allgemein und 0,5 Mio Euro zweckgebunden für Risiken bei Störfällen) zuzuführen.

Der Rat beschloss einstimmig, sich an dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Technischen Universität Dresden **„Mobilität in Städten“** zu beteiligen und stellte 150.000 Euro für das Jahr 2008 zur Verfügung. Die Nahverkehrs- und Verkehrsentwicklungspläne basieren auf Datenerhebungen zum Mobilitätsverhalten. Die letzte Befragung erfolgte 1998.

Der Rat beschloss gegen linke Liste eine **Entgeltordnung für das Competence Center Begabtenförderung**. Den Einwohnern Düsseldorfs werden die Leistungen kostenfrei zur Verfügung gestellt, Auswärtige können die Leistungen im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten gegen Entgelt in Anspruch nehmen (Erstberatung 90 Euro/Stunde, ausführliche Diagnostik und Beratung mit Leistungsumfang von 12 Stunden 750 Euro).

Der Rat wies den Widerspruch des Bürgerbehrens **„Rettet den Golzheimer Friedhof“** gegen den Bescheid der Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens, der aufgrund des Ratsbeschlusses vom 17.9. ergangen ist, mit den Stimmen von CDU/FDi bei Enthaltung Lemmer als unbegründet zurück.

Gegen linke Liste, 1 SPD-Stimme beschloss der Rat bei einer Enthaltung (SPD) den beitrifft zum **Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale** Neuss zum 1.1.2008. Die Städte Neuss und Düsseldorf übertragen schrittweise die Informationstechnik in den Zweckverband „IT-Kooperation Rheinland“, wobei die Bereiche Telekommunikation und First-Level-Support zunächst ausgenommen bleiben.

■ **Investitionen**

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung

- der Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes **Am Südfriedhof 16**, das durch einen Brand schwer beschädigt wurde; geschätzte Kosten 491.000 Euro (einstimmig);
- des Umbaus der **Obdachlosenunterkunft Eisenstraße 49** auch mit barrierefreien Wohneinheiten, geschätzte Gesamtkosten 688.000 Euro. Nach Fertigstellung soll das Stadtwohnheim Hördtweg 2-8 aufgelöst werden (einstimmig);
- von **Brandschutzmaßnahmen im Aquazoo** mit vorläufigen Gesamtkosten von 522.000 Euro (einstimmig);
- des Straßenneubaus der **Kesselstraße** einschließlich Promenaden und „Platz am Wasser“ mit vorläufigen Gesamtkosten in Höhe von 8,9 Mio Euro (Enthaltung 1 SPD);
- der Nebenanlagen der **Lohauer Dorfstraße** bis Im Grund. Die provisorischen

Gehwege und Stellplätze sollen baulich strukturiert und geordnet, die Radwege markiert und in den Einmündungsbereichen ausgebaut werden. Die vorläufigen Gesamtkosten von rd. 1,6 Mio sollen zu 90 % auf die Anlieger umgelegt werden (einstimmig).

Der Rat beschloss

- die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 245.000 Euro für die Erneuerung der **Lichtzeichenanlagen am Staufenbergplatz** (einstimmig);
- den Bau von **Lärmschutzwänden an der Frankfurter Straße** (Garath) von der Auffahrt A 59 bis Am Kappeler Feld mit Baukosten von 1,83 Mio Euro. Durch die Wände reduzieren sich die Auswirkungen des Lärms um rd. 5 dB(A) (einstimmig);
- den Umbau des Tennisplatzes in ein Kunstrasenspielfeld auf der **Sportanlage Dreher Straße (Post SV)** einschließlich Vergrößerung des Spielfeldes, Gesamtkosten 0,75 Mio Euro (einstimmig);
- den Erweiterungsbau für die offene Ganztagschule der **Gemeinschaftsgrundschule Krahenburgstraße 15** (Lichtenbroich) mit Gesamtkosten von rd. 1 Mio Euro, davon Zuschüsse 0,32 Mio Euro (einstimmig);
- den Bau der Verlängerung der **Gleistrasse der Straßenbahn in den Medienhafen** von Gladbacher- bis Kesselstraße mit Gesamtkosten von rd. 6,5 Mio mit mobilitätsgerechten Haltestellen Kesselstraße und Speditionsstraße. Die Maßnahme durch das Land als nicht förderfähig eingestuft. Mit den Kanalarbeiten wird Ende 2007 begonnen, mit dem Bau der Gleistrasse nach Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses und Freimachung der benötigten Grundstücke. Aus Mehrwertsteuererstattungen werden rd. 1 Mio Euro erwartet (einstimmig).

■ Baurecht

Der Rat beschloss

- den **Bebauungsplan Flottenstraße** (Eller). Das bisher als Mischgebiet ausgewiesene 3000 qm große Grundstück an der DB-Strecke wird nun als Gewerbegebiet ausgewiesen, in dem allerdings nur Betriebe zulässig sind, die die benachbarte Wohnbebauung nicht stören. Unzulässig sind Lagerhäuser, Einzelhandelsbetriebe, Vergnügungsstätten, Hotels und Tankstellen (Enthaltung linke Liste);
- für ein Gebiet **nördlich der Fährstraße** und beiderseits der Völklinger Straße (Hamm, Unterbilk) die Beschränkung von Einzelhandelsbetrieben, erließ eine Veränderungssperre und genehmigte die in diesem Zusammenhang getroffenen Dringlichkeitsbeschlüsse (einstimmig).

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de